K-5-3499 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: LAG Medien
Beschlussdatum: 17.02.2021

Änderungsantrag zu K-5

Von Zeile 776 bis 777 einfügen:
im rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg weiterentwickeln.

Auch ist es notwendig, angesichts der in der letzten Zeit aufgekommenen Diskussion über die Rolle von sozialen Netzwerken, die Verantwortung der Betreiber für Rechtsverletzungen zu forcieren.

Begründung

Der neue Medienstaatsvertrag hat den regulativen Umgang mit Plattformen und Intermediären, wie z. B. Youtube und Facebook, Netflix u.a., auf die Ebene der Länder gebracht und somit auch in den regulativen Kompetenzbereich des Landes Berlin. Europarechtlich steht eine weitgehende Regulierung durch den geplanten Digital Service Act kurz bevor. Hatespeech, Sexismus und Rassismus, ebenso wie die Verbreitung von illegalen und demokratiegefährdenden Inhalten, dürfen nicht außerhalb der Verantwortung der Plattformen, durch dies begünstigende Algorithmen automatisiert vorangetrieben werden. Folglich muss dies in Länderkompetenz in deutsche Gesetze umgesetzt werden.